

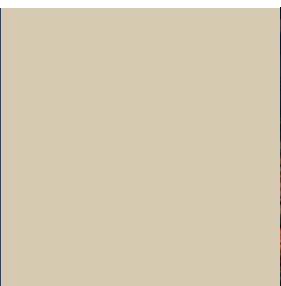
»PARTICIPATION WITHOUT INCLUSION IS NOT PARTICIPATION.«

Fatuma Musa Afrah

Impulspapier

**Partizipation
in der Arbeit mit
geflüchteten
Frauen**





IMPRESSUM

Impulspapier: Partizipation in der Arbeit mit geflüchteten Frauen – Ansätze zur Stärkung der Partizipation für die Empowermentarbeit mit geflüchteten Frauen und anderen schutzbedürftigen Personen

HERAUSGEBERIN
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) e.V.
Geschäftsstelle Berlin
Oranienburger Straße 13–14
10178 Berlin
Telefon: (+49) 030/240 89-0
Fax: (+49) 030/240 89-134
E-Mail: info@bag-wohlfahrt.de
Web: www.bagfw.de

KONZEPT UND REDAKTION
Susanne Beyer, Pia Maria Biskup, Günter Jek,
Elena Knežević, Tatjana Moser und Susann Thiel

GESTALTUNG: COXORANGE Kreative
Gesellschaft, www.coxorange-berlin.de
FOTOS: Julia Vogel,
www.geschichteninbildern.de
ILLUSTRATIONEN: Cris Olano,
www.behance.net/crolis

Alle Rechte vorbehalten
1. Auflage, Dezember 2018

Gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration

PARTIZIPATION IN DER ARBEIT MIT GEFLÜCHTETEN FRAUEN

Ansätze zur Stärkung der Partizipation für die
Empowermentarbeit mit geflüchteten Frauen
und anderen schutzbedürftigen Personen

*Dokumentation der Fachveranstaltung
„Partizipation in der Empowermentarbeit mit
geflüchteten Frauen“ am 18. Oktober 2018,
durchgeführt von Arbeiterwohlfahrt Bundes-
verband, Deutscher Caritasverband, Diakonie
Deutschland, Deutsches Rotes Kreuz, Paritätischer
Gesamtverband und Zentralwohlfahrtsstelle
der Juden, gefördert von der Beauftragten der
Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge
und Integration.*



VORWORT 6

WARUM DIE STÄRKUNG VON
PARTIZIPATION IN DER ARBEIT MIT
GEFLÜCHTETEN FRAUEN UND
BESONDERS SCHUTZBEDÜRFTIGEN
WICHTIG IST 10

VON HÜRDEN UND GRENZEN AUF
DEM WEG ZUR PARTIZIPATION 18

WAS ES BRAUCHT, UM DIE PARTIZIPA-
TION GEFLÜCHTETER FRAUEN ZU
STÄRKEN 28

HINWEISE ZU WEITERFÜHRENDER
LITERATUR 44



VORWORT

Susanne Beyer (Arbeiterwohlfahrt Bundesverband), Pia Maria Biskup (Diakonie Deutschland), Günter Jek (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden), Elena Knežević (Deutscher Caritasverband), Tatjana Moser (Deutsches Rotes Kreuz) und Susann Thiel (Paritätischer Gesamtverband)

*»Was ist Partizipation? Was meinen wir damit?«
schallt es am 18. Oktober 2018 im Saal der Werkstatt der Kulturen in Berlin durch das Mikrofon.*

Auf Einladung der Wohlfahrtsverbände Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Deutscher Caritasverband, Diakonie Deutschland, Deutsches Rotes Kreuz, Paritätischer Gesamtverband und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden waren rund 100 Fachkräfte, Aktivistinnen und Geflüchtete gekommen und ließen sich von den aufrüttelnden Worten Fatuma Musa Afrahs fesseln. Sie waren ein gelungener Start in einen Fachtag, der dazu einlud, die eigene Arbeit kritisch zu reflektieren und gelungene Ansätze und Rahmenbedingungen partizipativer Arbeit mit geflüchteten Frauen sowie dafür notwendige Rahmenbedingungen zu diskutieren.

Seit drei Jahren fördert die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration bundesweit Projekte im Bereich der Empowermentarbeit mit geflüchteten Frauen. Ziel der Projekte ist es, geflüchtete Frauen und andere schutzbedürftige Personen durch ein breites und bedarfsorientiertes Angebot bei der Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens zu unterstützen. Die Erfahrungen nicht nur dieser dreijährigen Praxis zeigen: Partizipation ist ein wesentlicher Bestandteil im Integrationsprozess. Denn Partizipation bedeutet Teilhabe und Inklusion in die verschiedenen gesellschaftlichen Lebensbereiche. Partizipation stärkt die Selbstwirksamkeit der Individuen und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Doch was verstehen wir eigentlich unter Partizipation? Reden wir von Mitgestaltung von Projekten, von Selbstorganisation, von politischer Teilhabe? Welche Form der Partizipation ist überhaupt möglich, wenn nicht alle die gleichen Rechte bzw. Zugänge zu Rechten und Möglichkeiten der Teilhabe haben? Wie kann Partizipation dennoch gestärkt und eine (veränderte) Beteiligungskultur entwickelt werden? Wie können Räume in der alltäglichen Arbeit geschaffen werden, in denen geflüchtete Frauen ihre Interessen selbstverantwortlich vertreten können und ihre Perspektiven sicht- und hörbarer werden? Und was braucht es dazu an Veränderungen von rechtlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen?

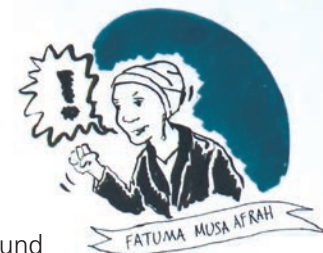


Die vorliegende Publikation dokumentiert die Erkenntnisse, Diskurse und offenen Fragen der Teilnehmenden des Fachtages. Sie zeigt die unterschiedlichen Perspektiven auf das Thema Partizipation auf und fasst die von den Teilnehmenden identifizierten Herausforderungen und Handlungsempfehlungen für die Arbeit mit geflüchteten Frauen zusammen. Damit möchte das Papier Impulse für die Projektpraxis geben und zu einer weiteren Auseinandersetzung und Diskussion anregen.

Wir danken an dieser Stelle allen Teilnehmenden des Fachtages und insbesondere den Impulsgeberinnen für ihre inspirierenden Denkanstöße, Erfahrungen und Expertisen, die sie mit uns geteilt haben:

MALTI TANEJA (Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) und **PD. DR. ANDREA SCHLENKER** (Deutscher Caritasverband und Vorsitzende des BAGFW Fachausschusses „Migration und Integration“) für ihre wertschätzenden und ermutigenden Grußworte.

FATUMA MUSA AFRAH (Aktivistin, Rednerin, Beraterin und Gründerin des Vereins United Action e. V.) für eine Keynote voller klarer Worte.



ARMAGHAN NAGHIPOUR (Anwältin für Migrationsrecht), **SABINE HALABI** (AWO-Projekt „Sicher und stark“) und den weiteren Gästen für eine facettenreiche Podiumsdiskussion.



HÜLYA WUNDERLICH (Projekt „Perspektive: Neue Heimat“, Evangelische Jugendsozialarbeit Hof und Umgebung) und **NAHID YAKMANESH** (Projekt „Flucht FocusFrau“, pro familia Hamburg) für eindrucksvolle Einblicke in die Projektpraxis.



NELE DIETHER, MADELEINE MARTIN, RAMA AL-DARWISH, GLORIA GOLDNER, ALEKSANDRA BORKOWSKA und **YANA KRAVTSOVA, RAZAN NASER-AGHA** und **STEPHANIE STOCKER** sowie **GAL RACHMAN** für ihre wertvollen Erfahrungen und die Moderation in den Arbeitsgruppen.



MIRIAM CAMARA (AKOMA Bildung & Kultur gUG) für die Moderation und motivierende Rahmung der gesamten Veranstaltung.



WARUM DIE STÄRKUNG VON PARTIZIPATION IN DER ARBEIT MIT GEFLÜCHTETEN FRAUEN UND BESONDERS SCHUTZBEDÜRFTIGEN WICHTIG IST

Partizipation bedeutet Teilhabe und meint die Möglichkeit, in allen Lebensbereichen die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte gleichberechtigt in Anspruch zu nehmen.

Teilhabe als Voraussetzung zur Verwirklichung der Menschenrechte



Weltweit und auch in Deutschland ist ein wachsender Anteil der Menschen von einer aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Geflüchtete Menschen sind dabei besonders von diesen Ausschlüssen betroffen. Dabei ist Partizipation essentiell für die Integrationsprozesse in einer demokratischen Gesellschaft. Denn Teilhabe ist Grundvoraussetzung für andere Menschenrechte. Insbesondere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte können nur durch Teilhabe erreicht werden.

Fast 40 Prozent aller hier ankommenden und lebenden Geflüchteten sind Frauen. Sie sind mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert, wenn es um Teilhabe an der hiesigen

Aufnahmegesellschaft geht. Zum Beispiel partizipieren geflüchtete Frauen, obwohl sie nicht weniger motiviert und entschlossen sind, deutlich seltener als Männer am Arbeitsmarkt. Der Zugang zu Schul- und Berufsausbildung ist für sie mit Hürden verknüpft. Sie nehmen seltener an Integrationskursen teil und schätzen ihre Deutschsprachkenntnisse oftmals schlechter ein als geflüchtete Männer. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Geflüchtete Frauen haben zum Beispiel häufig geringe Bildungsabschlüsse bzw. -qualifikationen und weniger Berufserfahrungen als Männer. Sie sind zudem öfter in familiäre Strukturen eingebunden und meistens für die Erziehungs- und Pflegearbeit zuständig.¹

¹ Vgl. BAMF (2017): BAMF-Kurzanalyse. Ausgabe 1|2017 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Geflüchtete Frauen in Deutschland: Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt. Nürnberg.

»WIR ALLE WOLLEN EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN LEBEN!«

Teilnehmende der Fachtagung



Aber auch zahlenmäßig „kleinere“ Gruppen Geflüchteter mit besonderem Unterstützungsbedarf, wie LGBTIQ²-Geflüchtete oder Geflüchtete mit besonderen Bedürfnissen, sind von den oben beschriebenen Ausschlussmechanismen betroffen und darüber hinaus weiteren Diskriminierungen ausgesetzt. LGBTIQ-Geflüchtete begegnen beispielsweise im Alltag vielen Vorurteilen ihrer Mitmenschen in Bezug auf ihre sexuelle Orientierung oder ihre geschlechtliche Identität und sind häufig von Mehrfachdiskriminierungen betroffen.³

»Partizipation bedeutet letztendlich, an Entscheidungen mitzuwirken und damit Einfluss auf Veränderungen nehmen zu können.« Teilnehmende der Fachtagung

Zudem erschweren weitere Faktoren die Zugänge und Möglichkeiten der Teilhabe geflüchteter Frauen und besonders Schutzbedürftiger.

So werden ihnen je nach Herkunftsland und Aufenthaltsstatus unterschiedliche Rechte zugewiesen. Die Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften, das dortige Sachleistungsprinzip und die fehlende Privatsphäre erschweren ein selbstbestimmtes Leben. Auch die alleinige Sorge für Kinder, Traumatisierungen, körperliche oder gesundheitliche Einschränkungen oder fehlende finanzielle Mittel können die gesellschaftliche Teilhabe einschränken. Mit den geringen Regelsätzen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist eine Teilhabe am soziokulturellen Leben nur eingeschränkt möglich.

Hinzu kommen gesellschaftliche Vorurteile seitens der Aufnahmegesellschaft, die mitunter die Benachteiligungen im Alltag befördern, beispielsweise wenn es um die Bewerbung um eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz geht.

All dies kann enorme Auswirkungen auf die Betroffenen haben. Der Ausschluss von gesellschaftlichen Lebensbereichen sowie gefühlte und erlebte Diskriminierung können zu einer Beeinträchtigung der physischen und psychischen Gesundheit sowie zu einer verstärkten Isolation und Passivität führen. Folglich können dadurch das Selbstwertgefühl und die Selbstwirksamkeit beeinträchtigt und damit letztendlich

auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet werden. Denn eine demokratische Gesellschaft lebt von ihren vielfältigen Individuen und ihrem Miteinander, ihrer Mitgestaltung und Mitbestimmung.

Damit Partizipation von geflüchteten Menschen besser gelingen kann, gilt es vielfältige Herausforderungen anzugehen. Es braucht alle Kräfte und Anstrengungen, um



² LGBTIQ (englisch) steht für Lesbian Gay Bisexual Trans Intersex Queer bzw. LSBTIQ (deutsch) für Lesbisch Schwul Bisexuell Trans* Inter* Queer.

³ Psychosoziales Zentrum für Schwule e. V. (2016): Empowerment von lesbischen, schwulen, bisexuellen sowie trans* und inter* Geflüchteten durch Beratung und Unterstützung. Eine Handreichung für Beratungsstellen www.schwulenberatungberlin.de/wp_upload/_Handreichung_Online.pdf

die bestehenden Ungleichheiten politisch und rechtlich konsequent aufzuheben. Es braucht aber auch eine gemeinsame Haltung, die diese ausgrenzenden Strukturen und Mechanismen abbauen und Menschen aktiv inkludieren möchte.

Geflüchtete wollen mitgestalten, mitentscheiden, an Gesellschaft teilhaben und ein selbstbestimmtes Leben führen. Die Unterstützungsangebote Sozialer Arbeit und Einrichtungen sozialer Träger können

in diesem Zusammenhang wichtige Anlaufstellen sein.⁴ Denn in der Arbeit mit Schutzsuchenden kann das Konzept des Empowerments Strategien und Maßnahmen zur Stärkung von Mitsprachemöglichkeiten bieten.

Halil Can beschreibt Empowerment als Prozess, „in dem der/die Einzelne aus der ‚erlernten Hilflosigkeit‘, dem Erleben von Machtlosigkeit und Fremdbestimmung heraustritt und sein Leben in Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung nachhaltig in die Hand nimmt.“⁵ Vielleicht wäre es daher an der Zeit – nach diversen Integrationsdebatten in Deutschland – eine Partizipations- bzw. Empowerment-Debatte zu führen!?⁶

»Partizipation bedeutet für mich Recht auf Mitbestimmung.«

Teilnehmende der Fachtagung

⁴ Siehe auch Initiative Hochschullehrender zu Sozialer Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften: Positionspapier: Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften. Professionelle Standards und sozialpolitische Basis, Berlin 2016, abrufbar unter: www.fluechtlingssozialarbeit.de

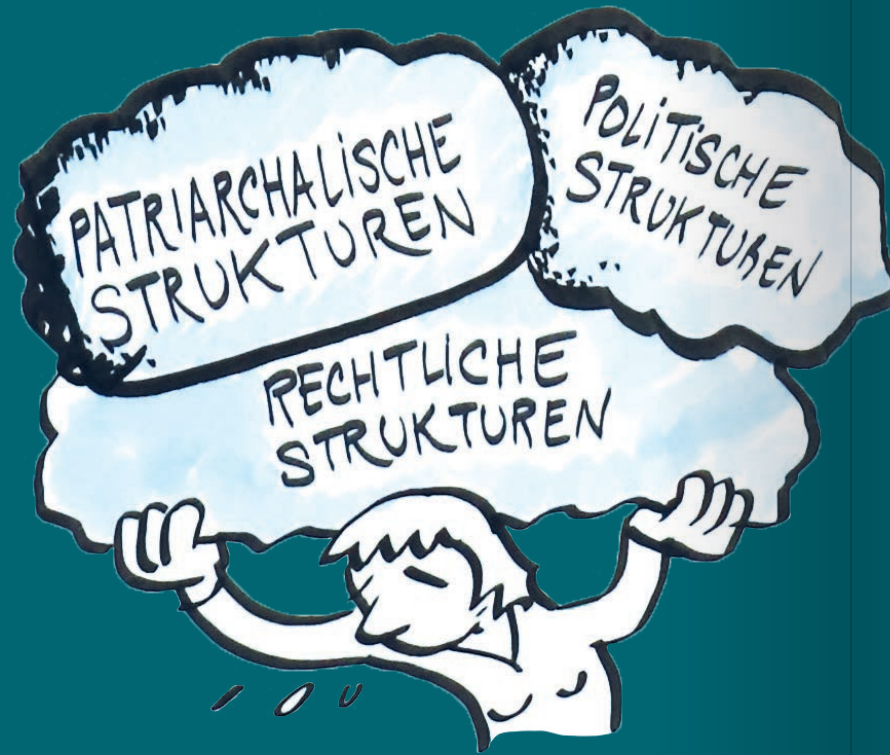
⁵ Can, Halil (2013): Empowerment aus der People of Color-Perspektive. Reflexionen und Empfehlungen zur Durchführung von Empowerment-Workshops gegen Rassismus. www.eccar.info/sites/default/files/document/empowerment_webbroschuere_barrierefrei.pdf

⁶ Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Kapitel leistete der Input von Fr. Dr. Schlenker.



»LABELING PEOPLE DOES HAVE AN EFFECT ON PEOPLE AND IT ALSO DETERMINES THE WAY WE DEAL WITH THEM. DO NOT ALWAYS TAG US AS REFUGEES. LET US TALK ABOUT NEW-COMER WOMEN INSTEAD OF REFUGEES.«

»Die Bezeichnung von Personengruppen hat Auswirkungen auf die benannten Personen und bestimmt auch die Art, wie wir mit ihnen umgehen. Bezeichnet uns nicht immer als Geflüchtete. Lasst uns lieber über neu zugezogene Frauen sprechen, als über Geflüchtete.«



VON HÜRDEN UND GRENZEN AUF DEM WEG ZUR PARTIZIPATION

Beteiligungsprozesse von Bürgerinnen und Bürgern in Politik und Verwaltung – zum Beispiel im Rahmen öffentlicher Planungs- und Entwicklungsprozesse oder in der Stadtteilarbeit – haben in den letzten Jahren zugenommen. Dennoch gibt es in vielen Bereichen Verbesserungsmöglichkeiten und Herausforderungen.

Für bestimmte Gruppen von Menschen lassen sich Hürden und Grenzen in Bezug auf die Wahrnehmung ihres Rechts auf Teilhabe verzeichnen. Zum einen ist die Möglichkeit zu partizipieren nicht für alle Menschen gleich, zum anderen fehlen passgenaue Methoden für die Durchführung von partizipativen Prozessen.

Die folgenden Punkte bilden (nicht abschließend) Lebensumstände und Lebensrealitäten geflüchteter Menschen in Deutschland ab, die Teilhabe erschweren können. Ohne Veränderung dieser Rahmenbedingungen ist eine gleichberechtigte Wahrnehmung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte Geflüchteter nur bedingt möglich.

ASYL- UND AUFENTHALTSRECHTLICHE BEDINGUNGEN

- › Schnelle Asylverfahren sind prinzipiell zu begrüßen, da sie geflüchteten Menschen Klarheit über ihre aufenthaltsrechtliche Perspektive geben. Ist die Verfahrensdauer jedoch sehr kurz, wird die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Rechts auf unabhängige Rechts- und Asylverfahrensberatung sowie die Einholung möglicherweise asylrechtlich relevanter medizinischer Gutachten gefährdet.
- › Die Berücksichtigung genderspezifischer Fluchtgründe (wie beispielsweise geschlechtsspezifischer Gewalt) in Asylverfahren ist zwar rechtlich vorgesehen, wird jedoch in der Praxis noch unzureichend anerkannt. Gründe hierfür liegen beispielsweise in den oft tabubesetzten Thematiken, unzureichendem Wissen

über die Möglichkeit diese Fluchtgründe im Asylverfahren geltend zu machen oder der Schwierigkeit, Gewaltvorfälle glaubhaft zu machen. Der Einsatz besonders geschulter Beauftragter in der Asylanheörung durch das BAMF ist hier als ein wichtiger Schritt zu einer verbesserten Anerkennungspraxis zu begrüßen.

- › Ein unsicherer bzw. zeitlich kurz befristeter Aufenthaltsstatus kann Zukunftsängste auslösen und einer Investition in die eigenen Zukunftsplanung in Deutschland entgegenstehen. Dadurch werden langfristige und stabile Beziehungsarbeit und Integration behindert.



A photograph of three women in profile, facing left, at what appears to be a conference or meeting. The woman in the foreground is wearing a yellow floral patterned top and large, colorful earrings. The woman in the middle is wearing a light blue cardigan over a dark top. The woman in the background is wearing a dark patterned top. They are all looking towards the left side of the frame. A quote is overlaid on the right side of the image.

»THE **BIGGEST CHALLENGE**
CONCERNING PARTICIPATION
IS THE LEGAL ASPECT.«

Fatuma Musa Afrah

»Die größte Herausforderung für Partizipation ist der rechtliche Aspekt.«

GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION UND GESUNDHEITSVERSORGUNG

- › Viele Integrationsbemühungen des Staates richten sich nur an Geflüchtete mit so genannter guter Bleibperspektive oder Aufenthaltstitel. Damit bleiben jedoch viele Schutzsuchende von Integrationsangeboten ausgeschlossen.

- › Geflüchtete (Frauen) sind zumindest zeitweise von Arbeits- und Ausbildungsverböten betroffen, welche eine Integration in den Arbeitsmarkt verhindern. Eine Erwerbstätigkeit kann einen bedeutenden Zuwachs an Autonomie über das eigene Leben mit sich bringen, die Abhängigkeit von Sozialleistungen verringern bzw. beenden und das Selbstvertrauen stärken.

- › Asylsuchende haben in Deutschland nur eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung. Einen Anspruch auf Leistungen analog zu Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung haben die Schutzsuchenden gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz erst nach einem Aufenthalt in Deutschland von derzeit 15 Monaten.

UNTERBRINGUNG

- › AnKER-Zentren und vergleichbare Großunterkünfte erschweren die gesellschaftliche Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner. Durch die Präsenz der meisten relevanten Behörden in den Zentren und die Anordnung der Residenzpflicht wird ein Verbleiben in den Unterkunftsstrukturen gefördert. Die Unterbringung in Großunterkünften stellt damit eine besondere Herausforderung für die gesellschaftliche Teilhabe Geflüchteter dar, da der Kontakt zur Bevölkerung und zu ehrenamtlichen Unterstützungskreisen erschwert sein kann.

- › Je länger das Asylverfahren dauert und Geflüchtete in Großunterkünften untergebracht sind, desto mehr sind sie einem Postmigrationsstress ausgesetzt, weswegen besondere Schutzkonzepte erforderlich sind.

- › Die Unterbringung in Großunterkünften kann zu einem Verlust der persönlichen Autonomie, von Hoffnungen und Träumen führen und forciert Passivität.

DISKRIMINIERUNG UND RASSISMUS

- › Um die erlebte Diskriminierung der Geflüchteten zu verringern, sollte die Einteilung nach Kategorien wie „schutzbedürftig“ versus „nicht bleibeberechtigt“ vermieden werden.

- › Erlebte sowie gefühlte Diskriminierung und Rassismuserfahrungen sind eine Form von Gewalt, machen krank und stellen Integrationshemmnisse dar.

- › Systematische Aufklärung über Rechte auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie Antidiskriminierungsrechte sind dringend notwendig, um geflüchtete Frauen zu stärken und eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

- › Häufig fehlt es an Beschwerdemanagementsystemen, bei denen sich Geflüchtete Gehör verschaffen könnten, wenn ihnen Unrecht widerfährt.

- › Eine sichere Finanzierung für Sprach- und Kulturmittlung ist Voraussetzung, um die Strukturen und Prozesse im Aufnahme-land zu verstehen und sich orientieren zu können.

HOW TO DEAL?
WITH MEN

HOW TO DEAL
WITH THIS TOPIC
ITSELF

»Partizipation lässt sich nur schwer mit der Realität von Schutzsuchenden in Flüchtlingsunterkünften umsetzen. Denn Flüchtlingsunterkünfte sind Orte der Fremdbestimmung.«

Teilnehmende der Fachtagung

»Es muss sich politisch etwas verändern.«

Teilnehmende der Fachtagung

»Soziale Arbeit kann auch nicht immer die rechtlichen Schieflagen in der Praxis ausbaden, da gibt es auch Grenzen.«

Teilnehmende der Fachtagung

»VIELE GEFLÜCHTETE FRAUEN KOMMEN HIER AN UND MÖCHTEN SO VIEL MACHEN, SIND VOLLER TATENDRANG, ABER DANN STELLEN SIE FEST, DASS ES VIELE HÜRDEN GIBT, DIE EINE TEILHABE ERSCHWEREN.«

Teilnehmende der Fachtagung

LANGFRISTIG
MOTIVIEREN?

WAS ES BRAUCHT, UM DIE PARTIZIPATION GEFLÜCHTETER FRAUEN ZU STÄRKEN



»Before we talk about participation we first have to understand what the real challenges newcomer women are facing with are. That means that we have to listen to them and have to really understand their problems, their living conditions, their needs and priorities. *Think of having children and raising and supporting them under the circumstances of living in a refugee camp. Think of all the restrictive opportunities and rights which prevent a self-determined life. Think of refugee women who live in the countryside, who do not have the possibility to take part in a German class. Think of some who worked as doctors or engineers in their origin country, but here they are not allowed to work. They all have specific issues they are confronted with. And be sensitive regarding women who have experiences with gender-based violence and who are traumatized.*« Fatuma Musa Afrah

»Bevor wir über Partizipation sprechen, müssen wir die realen Herausforderungen verstehen, denen neu zugezogene Frauen gegenüberstehen. Das bedeutet, dass wir ihnen zuhören und ihre Probleme, ihre Lebensbedingungen, ihre Bedürfnisse und Prioritäten wirklich verstehen müssen. Stell dir vor, Kinder zu haben und sie unter den Gegebenheiten aufzuziehen und zu umsorgen, die das Leben in einer Flüchtlingsunterkunft mit sich bringen. Stell dir all die Beschränkungen von Möglichkeiten und Rechten vor, die ein selbstbestimmtes Leben behindern. Denk an geflüchtete Frauen, die im ländlichen Raum leben, die nicht die Möglichkeit haben an einem Deutschkurs teilzunehmen. Denk an diejenigen, die als Ärztinnen oder Ingenieurinnen in ihren Herkunftsländern gearbeitet haben, aber denen es jetzt nicht erlaubt ist eine Arbeit aufzunehmen. Sie alle haben spezifische Probleme, mit denen sie konfrontiert sind. Und sei sensibel gegenüber Frauen, die Erfahrungen mit geschlechtsbezogener Gewalt gemacht haben und die traumatisiert sind.«

Um die Partizipation geflüchteter Frauen und anderer besonders Schutzbedürftiger zu stärken, braucht es Mut und Wille zur Veränderung auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen. Die folgenden Impulse und Forderungen sind ein Ergebnis aus den Diskussionsrunden und Workshops des Fachtages „Partizipation in der Empowermentarbeit mit geflüchteten Frauen“ am 18. Oktober 2018 in Berlin und geben somit einen Einblick aus unterschiedlichen Perspektiven wieder.

PARTIZIPATION BRAUCHT INKLUSION

Partizipation kann nicht ohne Inklusion funktionieren. Denn um teilhaben, sich einbringen und mitgestalten zu können, müssen alle die gleichen Rechte und Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen und Bereichen haben.

Dies gilt insbesondere für die medizinische Grundversorgung, um eine psychische und physische Stabilisierung geflüchteter Frauen und anders besonders Schutzbedürftiger zu gewährleisten. Gesundheit ist die unverzichtbare Grundlage und Voraussetzung für persönliche Entwicklung und Wohlbefinden.

Zudem braucht es die Bereitschaft und eine entsprechende Haltung der aufnehmenden Gesellschaft, die ein Miteinander und Teilhabenlassen befürwortet und fördert.

»Inclusion is the key for empowerment and participation.«

Fatuma Musa Afrah

PARTIZIPATION BRAUCHT VERNETZUNG

Es braucht Menschen, die Kontakt zu den Geflüchteten aufnehmen und diese untereinander und mit der Aufnahmegesellschaft vernetzen. Kontakte ermöglichen Beziehungsaufbau. Bekanntschaften, Freundschaften oder Vernetzungen mit Communities erleichtern den Zugang zu Informationen und ermöglichen Solidarität. Soziale Arbeit muss Strategien (weiter)entwickeln, um Beziehungen aufzubauen und geflüchtete Menschen besser zu vernetzen.



»Inklusion ist ein kraftvolles Werkzeug zum grundlegenden Empowerment und zur Stärkung der Partizipation neu zugezogener Frauen.«

Fatuma Musa Afrah

PARTIZIPATION BRAUCHT EMPOWERMENT UND SAFE SPACES

Empowerment schafft eine wichtige Grundlage für die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Menschen am gesellschaftlichen Miteinander. Menschen, die in ihrer Handlungsfähigkeit, ihrer Mitsprache und Selbstbestimmung gestärkt und ermächtigt sind, sind eher dazu bereit, sich an Gesellschaft zu beteiligen.

So genannte „safe spaces“, also geschützte Räume, in denen z. B. geflüchtete Frauen unter sich sein können, sich in einer vertrauensvollen Atmosphäre austauschen und sich gegenseitig stärken können, sind eine Möglichkeit, um empowernde Prozesse zu ermöglichen. Soziale Arbeit kann solche „safe spaces“ zur Verfügung stellen und geflüchtete Frauen miteinander vernetzen, die sich in ähnlichen Lebenslagen befinden. Dies ermutigt zur Selbstorganisation.

Partizipation und Empowerment müssen auch strukturell verankert werden. Durch Bewohnendenräte und ein internes sowie externes unabhängiges Beschwerdesystem kann die Selbstbestimmung unterstützt werden.



PARTIZIPATION BEDEUTET UNABHÄNGIGKEIT ZU STÄRKEN

Partizipation kann auf verschiedenen Ebenen stattfinden. Selbstorganisation ist eine Möglichkeit, eigene Interessen zu artikulieren und Rechte einzufordern. Selbstorganisation kann somit ein Zugang zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe sein. Dadurch wird selbstbestimmtes Handeln und Unabhängigkeit gestärkt. Teilhabe lässt sich nicht erzwingen, sie kann nur durch das „gemeinsame Machen“ entwickelt werden.

Es braucht Ermutigung zu Selbstorganisationsprozessen und ggf. Unterstützung mit Infrastruktur (z. B. Räume, Know-How, Sachmittel). Vor allem braucht es politisch agierende Personen und Organisationen, die in den Dialog mit Selbstorganisationen treten.



PARTIZIPATION BRAUCHT POLITISCHE INTERESSENSVERTRETUNG

Noch sind wir weit davon entfernt, dass alle Menschen die gleichen Rechte, die gleiche Sichtbarkeit und die Möglichkeit der politischen Teilhabe erhalten. Umso wichtiger sind politische Interessensvertretungen, zum Beispiel Migranten- oder Geflüchteten selbstorganisationen, die ihre Perspektiven und Interessen in Gremien und Mitbestimmungsstrukturen einbringen.

PARTIZIPATION BRAUCHT SELBSTBESTIMMUNG

Wer bestimmt, in welchem Rahmen Partizipation möglich ist?

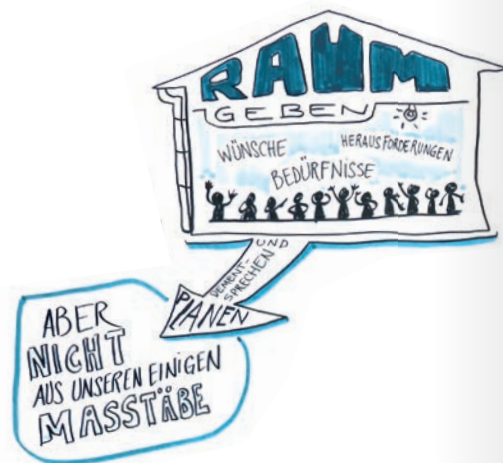
Wer bestimmt, wie Partizipation zu erfolgen hat?

Wer setzt die Grenzen, bis wohin Menschen sich einbringen können?

Wer bestimmt, wie Partizipation auszusehen hat?

Und wer wundert sich, wenn die adressierte Gruppe sich nicht an diese Regeln hält?

Im Rahmen Sozialer Arbeit kann Partizipation ermöglicht werden. Gleichzeitig werden Grenzen gezogen, in denen Partizipation stattfinden kann und erwünscht ist. Je nach der gesellschaftlichen Positionierung, Macht und Erfahrungen der Sozialarbeitenden können eine gewisse Schiefelage und Voreingenommenheit mit einhergehen. Diese Mechanismen müssen bewusst gemacht, diskutiert und zur Disposition gestellt werden. Partizipation darf kein Zwang sein, sondern muss selbstbestimmt erfolgen können.



PARTIZIPATION AUF AUGENHÖHE?!

Ist Partizipation vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rechte und gesellschaftlicher Machtpositionen möglich?

Das Engagement für die Stärkung von Partizipation bringt Herausforderungen mit sich. Denn Begegnungen zwischen schutzsuchenden und länger hier lebenden Menschen sind selten frei von Schieflagen und Fallstricken. Für diejenigen, die sich für Geflüchtete einsetzen, ist es wichtig, die eigene Motivation, Rolle und Positionierung zu hinterfragen.

PARTIZIPATION BRAUCHT EINE ADÄQUATE ANERKENNUNG GELEISTETER ARBEIT

Viele geflüchtete Frauen und andere besonders Schutzbedürftige, die schon länger in Deutschland leben, übernehmen wertvolle ehrenamtliche Tätigkeiten und bringen ihre Fähigkeiten in die Projektarbeit mit ein (Dolmetschung, Hilfe bei Behördenangelegenheiten, Kinderbetreuung während der Sprachkurse, Leitung von Workshopeinheiten etc.). Die Anerkennung der Professionalität der Tätigkeiten durch adäquate Vergütung gibt Geflüchteten Selbstbewusstsein zurück und kann die Integration in den Arbeitsmarkt befördern.

»GEBT DEN MENSCHEN
EINE STIMME IN IHRER
SPRACHE!« Teilnehmende der Fachtagung



PARTIZIPATION BRAUCHT EIN GESELLSCHAFTLICHES UND RECHTLICHES BEKENNTNIS ZU EINWANDERUNG, VIELFALT UND TEILHABE

Die zahlreichen Debatten darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht verdeutlichen immer wieder die Zerrissenheit der Gesellschaft und Politik in dieser Frage. Die Partizipation Geflüchteter benötigt jedoch genau an dieser Stelle ein klares Bekenntnis zum vielfältigen Einwanderungsland Deutschland. Erst wenn dies auch rechtlich verankert ist, können Prozesse der Partizipation und Integration beschleunigt werden. Bis dahin braucht es weiterhin Räume und Mittel für Begegnungen und Austausch. Zudem braucht es einen umfassenden Ausbau von Angeboten der Menschenrechtsbildung im Schulunterricht und weitere Bildungsangebote für alle.



PARTIZIPATION, PROJEKT- UND BEZIEHUNGSARBEIT BRAUCHEN ZEIT

Integration und Teilhabe brauchen Zeit und Raum, denn produktive Lernprozesse werden durch regelmäßige Begegnungen und Austausch ermöglicht. Bei besonderem Schutzbedarf braucht die Soziale Arbeit Zeit für den gegenseitigen Vertrauensaufbau und (persönliche) Kontinuität für die langfristige Beziehungsarbeit. Partizipationsprozesse müssen sich sowohl in Institutionen als auch bei den geflüchteten Frauen entwickeln, um erfolgreich sein zu können.⁷ Das Leben geflüchteter Personen in Deutschland ist anfangs von vielen Beschränkungen geprägt, welche wenig Raum für Mitbestimmung und eigene Entscheidungsmacht lassen und somit weit von der Verwirklichung von Partizipation entfernt sind. Manche geflüchtete Frauen und andere besonders Schutzbedürftige müssen das Lernen erst lernen, vor allem wenn sie lange Fürsorgetätigkeiten in der Familie übernommen und / oder nur eine rudimentäre Bildung im Herkunftsland erhalten haben. Aber auch Institutionen müssen lernen, Partizipation zuzulassen und Prozesse zu entwickeln, die zur Übertragung von Entscheidungskompetenzen führen.

Es braucht mehrjährige Förderung für die Unterstützung dieser Beziehungsarbeit.

- BEDINGUNGEN FÜR PARTIZIPATION**
- ➔ FREIWILLIGKEIT
 - ➔ ERNSTHAFTIGKEIT
 - ➔ WIRKSAMKEIT
 - ➔ NACHHALTIGKEIT
 - ➔ LEBENSWEIENTWICKLUNG
 - ➔ BEGLEITUNG
 - ➔ SICHERSTELLUNG
 - ➔ QUALIFIZIERUNG
 - ... UND ... UND ...



⁷ vgl. Modell der Partizipationspyramide von Straßburger/Rieger: www.partizipationspyramide.de

PARTIZIPATION BRAUCHT BEDÜRFNISORIENTIERUNG

Geflüchtete Frauen und andere besonders Schutzbedürftige sollten zu Beteiligten empowernt werden. Das Selbstverständnis und die Haltung in der professionellen Sozialen Arbeit sollten noch stärker im Sinne einer Anwaltsfunktion erfolgen: Autonomie und Selbsthilfepotentiale von Geflüchteten und die Förderung der Akzeptanz in der Aufnahmegesellschaft durch eine entsprechende Haltung und konkrete Maßnahmen sollten stärker gefördert werden.

Um einander zu verstehen, braucht es unabhängige, qualifizierte und finanzierte Sprachmittlung. Die Nachhaltigkeit der Projektarbeit kann durch die Ausbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewährleistet werden.



»Was meinen wir, wenn wir darüber sprechen, die Partizipation geflüchteter Frauen zu stärken? Geht es darum, sie zu motivieren an unseren Projekten mitzuarbeiten, an unserer täglichen Arbeit? Wie sieht Partizipation in Sozialer Arbeit aus? Wie lange wollen wir noch fortlaufende Projekte für oder mit ihnen machen? Wie lange wollen wir dies noch?« Fatuma Musa Afrah

»PARTIZIPATION IST DIE MÖGLICHKEIT ETWAS MITZUGESTALTEN.«

Nahid Yakmanesh, pro familia Hamburg e. V.

»Es gibt genug Stimmen, man muss nur zuhören!«

Teilnehmende der Fachtagung



»INCLUSION IS A **POWERFUL
TOOL** FOR BASIC EMPOWER-
MENT AND STRENGTHENING
THE **PARTICIPATION OF THE
NEWCOMER WOMEN.**«

Fatuma Musa Afrah

»Inklusion ist ein kraftvolles Werkzeug zum grundlegenden Empowerment und zur Stärkung der Partizipation neu zugezogener Frauen.«

HINWEISE ZU WEITERFÜHRENDER LITERATUR

AWO Bundesverband e. V. (2017): Empowerment von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten. Informationen zur Sensibilisierung der Einrichtungen für die Belange von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter*geschlechtlichen (queeren) Geflüchteten.

www.awo.org/sites/default/files/2017-10/Empowerment_Queer_AWO_Online.pdf

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAfF e. V.) (2018): Praxisleitfaden: Traumasensibler und empowernder Umgang mit Geflüchteten.

www.baff-zentren.org/news/praxisleitfaden-traumasensibler-und-empowernder-umgang-mit-gefluechteten/

DaMigra e. V. (2017): Gleiche Stimme – Gleiche Rechte! Politische Teilhabe für Migrantinnen* jetzt! Dokumentation der DaMigra-Jahreskonferenz 2017.

www.damigra.de/wp-content/uploads/DaMigra_Dokumentation-2017_A3-1.pdf

DaMigra e. V., DeutschPlus e. V., Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., etc. (2016): Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Wie interkulturelle Öffnung jetzt gelingen kann!

www.damigra.de/wp-content/uploads/Impulspapier-MigrantInnenorganisationen-zur-Einwanderungsgesellschaft-2016.pdf

Der Paritätische Gesamtverband (2016): Perspektivwechsel Empowerment. Ein Blick auf Realitäten und Strukturen in der Arbeit mit geflüchteten Frauen. www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/perspektivwechsel-empowerment-2016_web.pdf

Glokal e. V. (2017): Willkommen ohne Paternalismus. Hilfe und Solidarität in der Unterstützungsarbeit.

www.glokal.org/wp-content/uploads/2017/02/Willkommen-ohne-Paternalismus_Reflexionshilfe.pdf

International Women Space (IWS) (2015): In Our Own Words – Mit unseren eigenen Worten. Geflüchtete Frauen in Deutschland erzählen von ihren Erfahrungen. Berlin. <http://iwspace.de/in-unseren-eigenen-worten/>

International Women Space (IWS) (2018): We exist, we are here. Refugee Women in Germany tell their stories. <http://iwspace.de/uns-gibt-es/>

Kargah e. V., Der Paritätische Gesamtverband (2017): Booklet: Rechte für alle Frauen.

www.der-paritaetische.de/publikationen/rechte-fuer-alle-frauen/

Medica mondiale e. V. (2015): 11 Tipps für die Arbeit mit Geflüchteten.

www.medicamondiale.org/fileadmin/redaktion/5_Service/Mediathek/Dokumente/Deutsch/Flyer_Infoblaetter/Tipps_fuer_Arbeit_mit_Fluechtlingen_Grafik_medica_mondiale.pdf

Medica mondiale e. V. (2017): Peer-to-Peer: geflüchtete Frauen durch Gruppenangebote stärken.

www.medicamondiale.org/fileadmin/redaktion/5_Service/Mediathek/Dokumente/Deutsch/Handbuecher/medica_mondiale_Handreichung_Peer_to_Peer_Groupen_3.pdf

Schouler-Ocak, Meryam/Kurmeyer, Christine (2017): Abschlussbericht. Study on Female Refugees. Repräsentative Untersuchung von geflüchteten Frauen in unterschiedlichen Bundesländern in Deutschland

»WER INNERLICH GESTÄRKT IST UND SEINE RECHTE KENNT, KANN SELBST- BEWUSSTER SEINEN PLATZ IN DER GESELLSCHAFT EINFORDERN.«

Teilnehmende der Fachtagung



Weitere
Informationen:



www.awo.org



www.caritas.de



www.diakonie.de



www.drk-wohlfahrt.de

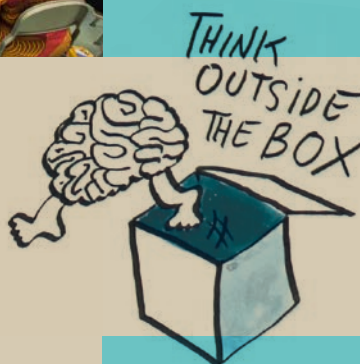


PARITÄT

www.paritaet.org



www.zwst.org



Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration